



medico international

Israel, die besetzten Gebiete und die Armee

Eine thematische Einführung zum Sujet von „Breaking the Silence“

Von Tsafrir Cohen

Mit ‚*Breaking the Silence. Israelische Soldaten berichten von ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten*‘ betritt *Breaking the Silence* politisches Neuland. Bisher dokumentierte die von israelischen Reservisten gegründete Organisation die alltäglichen Realitäten einer Armee, der die Kontrolle über die Zivilbevölkerung in den besetzten Palästinensergebieten übertragen wurde. Mit den von israelischen Soldatinnen und Soldaten bezeugten Aussagen wollte sie die eigene Gesellschaft aufrütteln. Jetzt unternimmt *Breaking the Silence* erstmalig den Versuch, die Politik zu durchleuchten, die den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Besatzung zugrunde liegt. Die Ergebnisse sind bedrückend: Die eigenen Autoritäten suggerieren der israelischen Öffentlichkeit, dass die Israelische Verteidigungsarmee, so die offizielle Bezeichnung, allein das Ziel verfolgt, die israelische Zivilbevölkerung zu schützen. Tatsächlich dient sie gleichfalls einer immer ausgefeilteren Kontrolle aller Lebensaspekte der Palästinenser.

Dass *Breaking the Silence* die Armee in den Mittelpunkt seiner Aufklärungsarbeit rückt, trifft in Israel einen besonderen Nerv. Israels jüdische Bürger identifizieren sich mit der israelischen Armee wie mit kaum einer anderen Institution. Die israelische Armee gilt nicht nur als Garant für das Weiterbestehen Israels innerhalb einer feindlich gesinnten Umgebung, sondern spielt auch eine zentrale Rolle für das Selbstverständnis des Landes. In der zionistischen Geschichtsschreibung symbolisiert die Armee den historisch notwendigen Abschied von der passiven Opferrolle der Juden in der Diaspora, die in der Unfähigkeit, sich gegen die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie zu wehren, mündete. Der Zionismus setzt den zu schaffenden ‚Neuen Juden‘ entgegen, der wehrhaft den Platz seiner Nation als „normale“ Nation in der Völkergemeinschaft einfordert und notfalls zu verteidigen weiß.

Darüber hinaus hat die Armee eine außerordentlich wichtige soziale Funktion. Bei der Gründung Israels 1948 lebten etwa 650.000 Juden im Land. Es nahm im Lauf seiner Geschichte Millionen



medico international

jüdischer Immigranten aus so unterschiedlichen Ländern wie dem Jemen, Russland oder Argentinien auf. Die zentrale Institution, die sie zu einer Nation verschmelzen ließ, ist die Armee. Drei Jahre lang exerzieren, essen, schlafen junge Männer – und Frauen, die zwei Jahre in die Armee müssen – gemeinsam und werden hierdurch zu Vollmitgliedern der israelischen Gesellschaft. In Israel gibt es eine allgemeine Wehrpflicht. Mit Ausnahme der meisten Angehörigen der arabisch-palästinensischen Minderheit und der Mehrheit der ultraorthodoxen Talmudschüler werden im Jahr 2012 junge Menschen mit 18 Jahren in die Armee eingezogen. Frauen werden zudem ausgenommen, wenn sie verheiratet sind oder sich selbst als religiös bezeichnen.

Auch wenn sich heute immer mehr junge Menschen aus unterschiedlichen Gründen dem Dienst an der Waffe entziehen, bleibt die Sozialisierung in der Armee ein zentrales Element der israelischen Identität. Besonders beliebt sind die Kampftruppen, etwa die Fallschirmjäger oder die Spezialeinheit der Marine. Es ist nicht nur Idealismus im Spiel: Ob und wo man gedient hat, ist eine zentrale Frage nicht nur bei Einstellungsgesprächen im Staatsdienst, sondern auch in der IT-Branche oder im Bankwesen. Ein erfolgreich absolvierter Militärdienst ist sehr hilfreich beim Aufbau einer gesicherten bürgerlichen Existenz.

Die israelischen Streitkräfte bestehen aus Wehrpflichtigen, einer relativ kleinen Gruppe von Berufssoldaten sowie aus Hunderttausenden von Reservisten. Vor allem Männer bis zum dreißigsten Lebensjahr (früher bis Ende vierzig) erfüllen 20 bis 30 Tage im Jahr ihre Reservistenpflicht. Auch diese hat eine wichtige gesellschaftliche Funktion: Hier erneuern sie den Bund mit alten Kameraden, lassen Frau, Kinder und Alltag zurück. Die israelische Armee ist folglich beliebter als andere israelische Institutionen, wie das Oberste Gericht oder die Knesset. Dabei wird gern auf das Bild einer unideologischen, nur der Verteidigung verpflichteten Armee zurückgegriffen, die höchste ethische Standards einhält. Die Realität, mit der Soldaten wie Reservisten konfrontiert werden, ist indes eine ganz andere.

Während die Armee in den ersten zwei Dekaden nach der Staatsgründung 1948 vorrangig auf die Bewältigung kriegerischer Konflikte mit den Nachbarstaaten eingestellt war, wurde sie nach dem Sechstagekrieg 1967 mit ganz neuen Aufgaben betraut. Israel konnte während dieses Krieges nicht nur die Golanhöhen von Syrien und die Sinai-Halbinsel von Ägypten erobern, sondern auch das Westjordanland inklusive Ostjerusalem – ein Gebiet von etwa 5.800 Quadratkilometern – sowie den schmalen Gazastreifen, der mit rund 350 Quadratkilometern etwa die Größe Westberlins hat. Damit kam der Armee eine neue Funktion zu: die militärische Besatzung von dicht-



medico international

bevölkerten Gebieten und damit die Kontrolle über mittlerweile mehr als vier Millionen palästinensische Zivilisten.

Die Weltgemeinschaft hat einhellig die ‚Grüne Linie‘, also die Waffenstillstandslinien nach Ende des Unabhängigkeitskriegs 1949, als Israels endgültige Grenzen anerkannt. Das im Sechstagekrieg eroberte Westjordanland samt Ostjerusalem und der Gazastreifen werden international hingegen als besetzte Gebiete definiert. Israel selbst hat zwar Ostjerusalem 1980 annektiert, doch die rechtliche Lage des Westjordanlands und des Gazastreifens nie endgültig festgelegt.

In den Grenzen von 1949 war Israel strategisch verwundbar: Zwischen dem Mittelmeer im Westen und der östlichen Grenze war es bei der dichtbevölkerten Scharonebene nördlich von Tel Aviv an der schmalsten Stelle lediglich etwa 14 Kilometer breit. Durch einen militärischen Angriff von Osten her hätten in kurzer Zeit wichtige Städte erobert und Israel in seiner Mitte durchtrennt werden können. Israel möchte also aus strategischen Gründen die Kontrolle über diese Gebiete behalten. Doch eine Annexion würde zugleich die Einbürgerung von Millionen von Palästinensern bedeuten. Damit wäre die jüdische Mehrheit in Israel auf lange Sicht dahin – und damit der jüdische Staat, das zentrale Anliegen des zionistischen Konsenses. Folglich kam es zu einer langanhaltenden Besatzung dieser Gebiete, deren palästinensische Bevölkerung seit nunmehr 45 Jahren keine Bürgerrechte genießt.

Während im Ausland die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO den palästinensischen Widerstand gegen Israel entfachte, leisteten die Palästinenser in den besetzten Gebieten, geschockt und gedemütigt durch die militärische Übermacht Israels und eingeschüchtert durch eine eiserne Militärbesatzung in den ersten zwei Jahrzehnten, kaum flächendeckenden Widerstand. Im Lauf der Jahre wurde die arabische Bevölkerung in das israelische Wirtschaftssystem integriert, zumeist als billige Arbeitskräfte auf israelischen Baustellen, in der Landwirtschaft oder in Großküchen, was dennoch zu einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage beitrug. Umso überraschter war die Weltöffentlichkeit, als 1987 die Erste Intifada begann. Dieser Volksaufstand richtete sich gegen die Besatzung und begann mit gewaltfreiem zivilem Ungehorsam wie Generalstreiks, Boykotten israelischer Produkte und in der Verweigerung, Steuern zu zahlen. Bei Straßenblockaden warfen Kinder und Jugendliche Steine auf israelische Soldaten. Angefacht durch eine eiserne israelische Reaktion – legendär der Befehl des damaligen Verteidigungsministers Jizchak Rabin, Arme und Beine von Steinewerfern zu brechen –, darunter Massenverhaftungen und breit angelegte Ausgangssperren, eskalierte die Auseinandersetzung. Bis 1993 kamen 1162 Paläs-



medico international

tinenser ums Leben, Zehntausende Kinder und Jugendliche wurden verletzt. Auf israelischer Seite starben 179 Menschen, darunter 65 Soldaten.

Die Weltöffentlichkeit sympathisierte mit der ‚Intifada der Steine‘, und ihr Druck führte schließlich zu Friedensverhandlungen zwischen Israel und der PLO, die in den Osloer Friedensabkommen 1993–95 mündeten. Die Erwartung war, dass Israel die besetzten Palästinensergebiete zugunsten eines künftigen Palästinenserstaats Seite an Seite mit Israel aufgibt und im Gegenzug die Palästinenser Israel in den Grenzen von 1949 anerkennen. Die PLO-Führung durfte aus dem Exil zurückkehren und baute die Palästinensische Autonomiebehörde auf.

Der israelische Rückzug sollte schrittweise erfolgen, und das Westjordanland mit seinen circa 2,4 Millionen Palästinensern und etwa 300.000 israelischen Siedlern wurde in einer ersten Stufe wie folgt aufgeteilt: Die urbanen Zentren (hier leben knapp 55 Prozent der Gesamtbevölkerung auf etwa 18 Prozent der Fläche) wurden als sogenannte Zone A deklariert und stehen unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung. Kleinere Gemeinden und Dörfer (hier leben über 40 Prozent der Bevölkerung auf 20 Prozent der Fläche) wurden zur Zone B: Sie stehen unter palästinensischer Zivilverwaltung und gemeinsamer israelisch-palästinensischer Sicherheitsverwaltung. Der Großteil der Gesamtfläche (62 Prozent mit circa 6 Prozent der Bevölkerung) wurde zur Zone C erklärt. Diese spärlich besiedelten Flächen umschließen die dichtbesiedelten A- und B-Gebiete und befinden sich nach wie vor unter voller israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung. Was als erster Schritt hin zu einem kompletten Rückzug gedacht war, ist zu einem Dauerzustand geworden. Im Gegenteil: Statt sich, wie im Osloer Friedensabkommen vereinbart, zurückzuziehen, nimmt die israelische Regierung – genauer das im Verteidigungsministerium angesiedelte Koordinationsbüro der Regierungsaktivitäten in den Gebieten (COGAT) und die ihm zugeordnete Zivilbehörde – massiven Einfluss auf das Leben der Palästinenser in der ihr untergeordneten Zone C: Sie verknappt Wasser und Land systematisch, verbietet den Anschluss dort befindlicher Gemeinden ans Stromnetz und den Bau von Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen oder anderer ziviler Infrastruktur. So wurden in den Jahren 2000 bis 2007 lediglich 5,6 Prozent der Bauanträge von palästinensischer Seite genehmigt. Im Großteil der C-Gebiete ist jede Bebauung verboten. Zudem wurde über ein Drittel der C-Gebiete durch die israelische Verwaltung als Naturschutzgebiet oder als militärisches Sperrgebiet deklariert. Palästinenser dürfen diese Gebiete folglich nicht nutzen, in der Regel nicht einmal betreten.



medico international

Da sie kaum Genehmigungen erhalten, leben, arbeiten, spielen, lernen Abertausende Palästinenser in den C-Gebieten in von der Verwaltung nicht genehmigten Bauten. Die israelische Verwaltung reagiert mit Abrissen: Seit 2000 wurden mehr als 4.800 palästinensische Häuser und andere Bauten (Schulen, Moscheen, Lagerräume, Wasserzisternen, Toiletten, Kinderspielplätze, Ställe etc.) abgerissen. Jeder zehnte Palästinenser in der Zone C musste seit 2000 sein Haus mindestens einmal verlassen, weil es abgerissen oder er von der Armee vertrieben wurde. Allein zwischen 2009 und Mitte 2011 gab es 1.072 solcher Abrisse, dazu wurden Olivenhaine sowie Obst- und Gemüsestände zerstört. Tausende Menschen sind nach wie vor akut von Vertreibung bedroht. Die spärliche Ausgabe von Genehmigungen sowie die Abrisspolitik führen dazu, dass die palästinensische Bevölkerung aus den C-Gebieten in die A- und B-Zonen gedrängt wird. Dies steht im eklatanten Widerspruch zum Humanitären Völkerrecht, das die Besatzungsmacht dazu verpflichtet, für die Erfüllung der Grundbedürfnisse und das Wohl der unter Besatzung lebenden Bevölkerung zu sorgen.

Gleichzeitig umschließt die Zone C alle jüdischen Siedlungen im Westjordanland. Trotz der Osloer Friedensabkommen fördert Israel den Ausbau jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten weiter und verstößt damit gegen das Humanitäre Völkerrecht, das die Ansiedlung eigener Bevölkerung in einem besetzten Gebiet ausdrücklich verbietet. Die ersten jüdischen Siedlungen wurden schon kurz nach ihrer Eroberung in den besetzten Gebieten gegründet, und ihre Zahl wuchs seitdem kontinuierlich. Lebten 1972 etwa 1.200 jüdische Siedler im Westjordanland und etwa 9.000 in Ostjerusalem, so waren es beim Abschluss des ersten Osloer Friedensabkommens 1993 bereits 110.000 in der Westbank bzw. 150.000 in Ostjerusalem. Und ihre Zahl wuchs: Die Zahl der israelischen Siedler im Westjordanland verdoppelte sich auf heute über 300.000, 200.000 leben in Ostjerusalem. Während manche Siedlungen städtischen Charakter und mehrere Zehntausend Einwohner haben, bestehen andere aus einigen Wohnwagen im ländlichen Gebiet. In Hebron oder in der Jerusalemer Altstadt bestehen die Siedlungen aus einem oder mehreren Häusern mitten in palästinensischen Wohngebieten.

Unterschiedlich ist auch die Motivation der verschiedenen Siedlergruppen: Während eine Minderheit den nationalen beziehungsweise religiösen Anspruch des jüdischen Volks auf Judäa und Samaria (die biblischen Bezeichnung für die Region und die offizielle israelische Bezeichnung für die besetzten Gebiete) verwirklichen will, sind die anderen über die Grüne Linie gezogen, weil dort relativ preiswerter Wohnraum und eine gute Lebensqualität zu finden sind. Den israelischen



medico international

Siedlungen dürfen sich Palästinenser nicht nähern; auch breite Pufferzonen um die Siedlungen – früher Weide- und Anbauflächen der Palästinenser – sind für sie tabu.

Angesichts dieser Entwicklungen wuchs die Frustration bei den Palästinensern im Verlauf der späten 90er Jahre, denn die C-Gebiete nehmen nicht nur geographisch den Löwenanteil des Westjordanlands ein. Sie sind auch das einzige zusammenhängende Gebiet des Westjordanlands, in dem die dichtbebauten A- und B-Gebiete wie Inseln wirken. Ohne die Zone C – darin sind sich die Weltbank, die UNO und die EU einig – besteht das palästinensische Gebiet aus geographisch nicht zusammenhängenden Enklaven. Ohne die C-Gebiete kann es weder nachhaltige Entwicklung für die Palästinenser noch einen palästinensischen Staat geben.

Diese Entwicklungen waren der Hauptgrund für den Ausbruch der Zweiten Intifada im September 2000. Während dieser Zeit verschärfte Israel seine Kontrolle über die besetzten Gebiete, und es kamen zunehmend palästinensische Selbstmordattentäter nach Israel. Nachdem ein palästinensischer Selbstmordattentäter 30 Zivilisten in einem Hotel innerhalb Israels ermordet hatte, drang die israelische Armee in die palästinensischen Städte ein, unternahm gezielte Attentate gegen palästinensische Militante und Politiker, verhängte Ausgangssperren und führte ein System von Hunderten von Checkpoints ein.

Angesichts der Gewalttätigkeit der Zweiten Intifada entschied sich Israel für eine Politik der einseitigen Trennung von den Palästinensern. 2003 begann Israel mit dem Bau einer Sperranlage, je nach politischer Richtung auch Trennzaun oder Apartheidmauer genannt. Die etwa 750 Kilometer lange Absperrung trennt das israelische Kernland vom Westjordanland. Dabei werden circa 250.000 palästinensische Einwohner komplett oder teilweise von der Sperranlage umzingelt. Die Trennungspolitik führte jedoch keineswegs dazu, dass die Israelis die Kontrolle über die andere Seite abgaben oder verringerten. Vor allem in Zone C kontrolliert Israel immer stärker die Geschicke der palästinensischen Bevölkerung.

In einem weiteren Schritt zog sich Israel 2005 aus dem Gazastreifen zurück und räumte die jüdischen Siedlungen mit etwa 8.000 Siedlern. Auch wenn Israel seine Armee aus dem Gazastreifen zurückzog, so bleibt es nach internationalem Recht nach wie vor die Besatzungsmacht dieses armen und mit 1,6 Millionen Einwohnern dichtbevölkerten schmalen Streifens, der vom Westjordanland getrennt und auf sich gestellt kaum lebensfähig ist, da Israel nach wie vor die Land- und Seegrenzen sowie den Luftraum des Gazastreifens kontrolliert.



medico international

Als die Hamas die palästinensischen Wahlen 2006 gewonnen hatte, entfachte ein blutiger innerpalästinensischer Machtkampf, an dessen Ende die Hamas im Gazastreifen und ihre Rivalin Fatah in der Westbank die Macht erlangte. Als Reaktion darauf und auf die Verschleppung eines israelischen Soldaten durch Hamas-Militante riegelte Israel 2007 den Gazastreifen ab, ein Zustand, der bis heute währt. Während das Westjordanland durch das Abebben der Zweiten Intifada und das rigorose Eingreifen der palästinensischen Sicherheitskräfte der Autonomiebehörde immer sicherer wurde, erlebten der Gazastreifen und die umgebenden israelischen Gebiete einen Kleinkrieg zwischen Militanten aus Gaza und der israelischen Armee. Dies kulminierte um die Jahreswende 2008/2009 in der dreiwöchigen israelischen Militäroperation Gegossenes Blei, bei der ca. 1.400 Palästinenser und 13 Israelis getötet wurden. Insgesamt wurden seit 2000 mehr als 6.500 Palästinenser und 1.000 Israelis getötet.

In dieser Gemengelage finden sich israelische Soldaten wieder, wenn sie in den besetzten Gebieten Dienst tun. Nach einer Grundausbildung, bei der sie keineswegs auf die Kontrolle von Zivilisten vorbereitet werden, sondern auf den bewaffneten Kampf, werden vor allem Rekruten und Reservisten aus den Kampfeinheiten für unterschiedliche Zeitspannen ins Westjordanland oder an die Übergänge zum israelischen Kernland geschickt. Den Alltag in den besetzten Gebieten kennen die Rekruten nicht (es sei denn, sie gehören zur wachsenden Gruppe der Siedlerkinder), seitdem diese durch die Sperranlagen vom israelischen Kernland getrennt sind. Die Konfliktsituation seit Beginn der Zweiten Intifada und die Trennungspolitik führten dazu, dass beide Bevölkerungsgruppen sich kaum noch begegnen. Israelis nehmen die Palästinenser nur noch als potentielle Terroristen wahr, während Palästinenser Israelis nur noch uniformiert oder als feindselige Siedler kennen. Die Bevölkerung, der sie bei ihrem Einsatz in den besetzten Gebieten begegnen, kennen die jungen Rekruten also kaum. Die oft nächtliche Durchsuchung eines arabischen Hauses ist häufig das erste Mal, dass sie überhaupt ein arabisches Haus betreten. Weder kennen sie die arabische Kultur und Sitten, noch sprechen die meisten Soldaten Arabisch, so dass Missverständnisse entstehen und die Kommunikation einseitig in kurzen Befehlen vonstattengeht. Die Soldaten sind für die Sicherheit in den C-Gebieten zuständig. Sie bemannen Hunderte von Checkpoints und kontrollieren die Passanten, sie durchsuchen Wohnungen und nehmen Verdächtige fest.

Darüber hinaus sind die Soldaten diejenigen, die die Trennungspolitik durchsetzen: Tag und Nacht sichern sie die jüdischen Siedlungen und verhindern, dass Palästinenser ihnen nahekom-



medico international

men sowie Sperrgebiete oder Straßen betreten, die nur für Israelis zugelassen sind. Während die Kontrolle und Bewachung großer Siedlungen durch hochtechnisierte Sicherungssysteme wie doppelte Zäune oder Überwachungskameras relativ leicht durchzuführen sind, ist das an neuralgischen Punkten nur mit intensiver Intervention möglich: Wo wie in Hebron israelische Siedler und Palästinenser in größter Nähe beieinander wohnen – dort leben etwa 500 jüdische Siedler in mehreren Siedlungsblocks mitten unter 160.000 palästinensischen Einwohnern, ähnlich ist die Situation in den palästinensischen Vierteln Jerusalems –, bewachen Hunderte von Soldaten die Siedlungen und bemannen mitten in der Stadt errichtete Checkpoints. In Hebron stellen sie so sicher, dass nur Palästinenser mit einer Sondergenehmigung das mehrere Quadratkilometer große Innenstadtgebiet, in dem sich die Siedlungen befinden und wo etwa 30.000 Palästinenser wohnen, betreten. Zudem setzen sie das absolute Verbot für alle Palästinenser durch, die Hauptstraße der Altstadt zu betreten.

Während israelische Soldaten nur selten, etwa zwecks Festnahmen, die A- und B-Zonen betreten (dort ist ja die Palästinensische Autonomiebehörde für die Sicherheit zuständig), kontrollieren sie die Zone C komplett. Jenseits der ständigen sicherheitsrelevanten Kontrolle unterstützen sie die israelische Zivilbehörde in den C-Gebieten intensiv. Etwa in den Dörfern im Jordantal oder im Bergland südlich von Hebron patrouillieren sie stets auf der Suche nach ziviler palästinensischer Infrastruktur wie Häusern, Zisternen oder Solaranlagen, die ohne Genehmigung gebaut wurden. Die tiefe Einbindung der Armee in die Kontrolle der palästinensischen Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten aufzudecken, ist ein Hauptanliegen von *Breaking the Silence*. Weil die Aktivisten der Organisation ehemalige Soldaten und Reservisten sind, wird ihre Stimme in Israel gehört. Diese besondere Rolle verhindert jedoch nicht, dass sie wie kaum eine andere israelische Organisation heftig angegriffen wird, da sie das Organ beleuchten, das im Zentrum des israelischen Konsenses steht und als die Institution wahrgenommen wird, die über den Niederungen der Politik steht. Vor allem ihr Bericht über die Operation Gegossenes Blei im Gazastreifen um die Jahreswende 2008/2009 katapultierte sie ins Zentrum einer hochaufgeladenen Diskussion. Eine gezielte Medienkampagne sollte *Breaking the Silence* als „Fünfte Kolonne“ darstellen und so zum Schweigen bringen.

Obwohl die Realitäten der Besatzung ein extrem unbeliebtes Thema in der israelischen Öffentlichkeit darstellen, beschäftigt sich eine Vielzahl israelischer Organisationen – etwa die Menschenrechtsorganisationen *BeZalem* und *Ärzte für Menschenrechte - Israel* – mit diesem Thema intensiv. Sie werden lediglich von einem Bruchteil der jüdisch-israelischen Gesellschaft unterstützt.



medico international

Ihre juristischen und medialen Spielräume werden in den letzten Jahren immer geringer, was die israelische Demokratie in besorgniserregender Weise einschränkt. Die Mehrheit der Israelis möchte die Besatzung verdrängen, zumal sie durch die Trennungspolitik im Alltag nicht mehr hautnah erlebt wird. Da Soldaten die Lebenswirklichkeiten in den besetzten Gebieten genau kennen, ist die Stimme von *Breaking the Silence* wichtiger denn je.

Tsafir Cohen ist Nahostreferent der in Frankfurt am Main ansässigen Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international. Von 2007 bis 2010 war er Repräsentant der Organisation in Israel und Palästina mit Sitz in Jerusalem und Ramallah. In dieser Zeit entstand eine Partnerschaft mit *Breaking the Silence*. Unter anderem förderte medico international die Berichte von *Breaking the Silence* zur Operation Gegossenes Blei und die Recherchen zum vorliegenden Buch.

medico international

Burgstr. 106

60389 Frankfurt/Main

Tel. 069 94438-0

eMail: info@medico.de

www.medico.de

September 2012